

Fraktion **direkt**

82 | 28. Juni 2013

Zur Lage

Wir haben das Land vorangebracht Unionsfraktion setzte viele eigene Akzente



Foto: Martin Lengemann

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Der Bundestag hat seine regulären Beratungen für diese Wahlperiode abgeschlossen. Nun steht der Wahlkampf bevor.

Ich weiß, mit Eigenlob ist es immer so eine Sache. Aber wir können auch einmal mit Stolz sagen, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gemeinsam mit ihrem Koalitionspartner und der Bundesregierung unser Land in den vergangenen vier Jahren vorangebracht hat. Noch nie war die Arbeitslosigkeit so niedrig. Noch nie waren die Aussichten vor allem für die jüngere Generation so gut. Deutschland ist in Europa das Land, auf das alle anderen schauen. Das ist auch das Verdienst der Bundeskanzlerin.

Die Fraktion stand trotz manch strittiger Diskussion loyal zur Bundesregierung. Das ist auch notwendig. Gerade unsere Wähler wollen, dass wir tatkräftig regieren. Sie wählen uns nicht aus Freude an der Debatte. Darum müssen wir ihnen zeigen, dass wir ihren Auftrag umsetzen. Ich danke allen in der Fraktion, die dazu beigetragen haben – besonders meiner Ersten Stellvertreterin Gerda Hasselfeldt.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in den vergangenen vier Jahren auf vielen Gebieten eigene Akzente gesetzt. Als ein Beispiel will ich hier die Beteiligung des Parlaments in Europaangelegenheiten nennen. Der Bundestag hat heu-

te hier mehr Mitspracherechte als noch vor vier Jahren. Das ist auch richtig, weil der Bundestag den Willen des Volkes unmittelbar repräsentiert.

„Ein Programm von Maß und Mitte“

CDU und CSU haben nun ihr Wahlprogramm vorgelegt. Es schafft die Voraussetzung dafür, dass Deutschland weiter auf dem Erfolgsweg bleiben kann. Es ist ein Programm von Maß und Mitte.

Steuererhöhungen, Euro-Bonds sowie immer neue Vorschriften und Bevormundungen – wie von Rot-Rot-Grün vorgeschlagen – würden unserem Land schaden. Die Menschen und die Unternehmen brauchen in diesen Zeiten vor allem eines: Verlässlichkeit. Die Welt wandelt sich rasant. Unsere Arbeitnehmer und Unternehmer müssen sich ständig neuen Anforderungen stellen. Da muss es auch Bereiche geben, wo sie wissen können: Hier bleibt zunächst einmal alles auf einem vernünftigen Weg.

Das bedeutet nicht, dass wir nicht an der einen oder anderen Stelle Korrekturen machen müssen. So müssen wir mehr Geld in die Infrastruktur investieren. Wir müssen unser Bildungs- und Forschungsniveau verbessern. Und wir können dann auch die eine oder andere Ungerechtigkeit beseitigen – Stichwort: Mütterrente. Dabei versprechen wir unter dem Strich keine Utopien, sondern nur das, was finanzierbar ist.

Ich bin mir sicher: Die Menschen werden diese Botschaft verstehen. Wir müssen sie nur in den kommenden Wochen im wahrsten Sinne des Wortes unter das Volk bringen. Das ist kein Selbstläufer. Aber wir haben alle Chancen, die Wähler zu überzeugen.

Volker Kauder

Inhalt

| | |
|-------------------------------------------------------|----|
| Wir haben das Land vorangebracht | 1 |
| Eine Richtungsentscheidung für Deutschland und Europa | 2 |
| Kanzlerin bedankt sich für „gelebte Solidarität“ | 3 |
| Wachstum und Haushaltskonsolidierung | 4 |
| „Untersuchungsausschuss kein Wahlkampfinstrument“ | 5 |
| Kompromiss zur Endlagersuche steht | 6 |
| Friedrich: „Keine Freiheit ohne Sicherheit“ | 6 |
| Vertrauen in Organtransplantation stärken | 7 |
| Menschenrechte als Maßstab | 7 |
| Schutz vor unseriösen Geschäftspraktiken | 8 |
| Kampf der Verstümmelung weiblicher Genitalien | 8 |
| Vorbehalt für EU-Beitrittsverhandlungen mit Serbien | 9 |
| Türkei muss Menschenrechte achten | 9 |
| Der Wert der Freundschaft | 10 |
| Letzte Seite | 11 |

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Kommentar

Eine Richtungsentscheidung für Deutschland und Europa

Vor der Bundestagswahl – Rückblick auf vier erfolgreiche Jahre



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Vier arbeitsreiche und erfolgreiche Jahre liegen hinter uns. Die internationale Finanzkrise, das verheerende Reaktorunglück von Fukushima und die Staatsschuldenkrise in der Europäischen Union – selten gab es in einer Legislaturperiode Herausforderungen wie diese. Heute können wir bei robustem Wirtschaftswachstum, sinkenden Arbeitslosenzahlen und rückläufiger Staatsverschuldung selbstbewusst sagen, dass wir diese erfolgreich meistern.

Seit 2009 ist die deutsche Wirtschaftsleistung um acht Prozent gestiegen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) meldet in dieser Woche, dass die deutsche Wirtschaft trotz Flutkatastrophe mit 0,5 Prozent im zweiten Quartal so stark wächst wie zuletzt Anfang 2012.

Und das Wachstum kommt bei den Menschen an. Die Reallöhne und Renten steigen stetig. Sowohl die tatsächliche Armut als auch die Armutsgefährdung haben abgenommen. 80 Prozent der Bürger sind mit ihren materiellen Lebensbedingungen zufrieden. Und in Deutschland geht – anders als etwa in Frankreich – nach einer aktuellen OECD-Studie die soziale Ungleichheit zurück. Die Kluft zwi-

schen Arm und Reich wird kleiner.

Wichtigste Ursache und eindeutiger Indikator für diese Entwicklung ist der robuste Arbeitsmarkt in Deutschland. Derzeit gehen 42 Millionen Menschen in Deutschland einer regulären Beschäftigung nach – der höchste Wert seit 1991. Besonders positiv ist, dass die Langzeitarbeitslosigkeit seit 2007 um 40 Prozent gesunken ist und Deutschland eine im EU-Vergleich nur geringe Jugendarbeitslosigkeit zu verzeichnen hat.

Wachstum und sinkende Verschuldung gehören für uns zusammen. Alle positiven Daten zu Wachstum und Beschäftigung werden begleitet von einer abnehmenden Verschuldung der öffentlichen Haushalte. Wir stehen vor einer Zeitenwende: Betrug die Nettoneuverschuldung im Jahr 2010 noch 86 Milliarden Euro, sind es 2013 nur noch 6,2 Milliarden. Das ist der niedrigste Wert seit 40 Jahren. Und der in dieser Woche vorgestellte Finanzplan bis 2017 sieht sogar Überschüsse und Schuldenabbau ab 2016 vor.

Wirtschaftlich und politisch ist die Europäische Union eine feste Einheit. Das Wort der Bundeskanzlerin gilt: Was für Europa gut ist, ist auch gut für Deutschland. Gemeinsam konnten wir die Verschuldung in der Euro-Zone halbieren, Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit angleichen und den Euro als stabile und weltweit anerkannte Währung etablieren. Jetzt müssen wir vor allem Wege finden, die Jugendarbeitslosigkeit in ganz Europa einzudämmen. In der Finanz- und Wirtschaftspolitik müssen wir enger zusammenarbeiten.

Für ein zukunftsfähiges Europa brauchen wir eine konsequente Politik des Schuldenabbaus und ambitionierter Reformen. Für diesen Weg steht in Deutschland nur die christlich-liberale Koalition. Auch das macht die Bundestagswahl zu einer echten Richtungsentscheidung für ganz Europa.

Kanzlerin bedankt sich für „gelebte Solidarität“

Regierungserklärung zur Flutkatastrophe – Gemeinsamer Hilfsfonds von Bund und Ländern eingerichtet

Schnell und direkt, unbürokratisch und nachhaltig – so hilft die Bundesregierung nach den Worten von Kanzlerin Angela Merkel den Opfern der Flutkatastrophe im Süden und Osten Deutschlands. In ihrer Regierungserklärung zum zweiten „Jahrhunderthochwasser“ in nur elf Jahren zeigte sich Merkel am Dienstag zuversichtlich, dass Deutschland die Herausforderungen bewältigen kann. Sie dankte den Einsatzkräften von Bundeswehr, Technischem Hilfswerk, Bundespolizei und Feuerwehr sowie den zahlreichen Freiwilligen. Der Bundestag setzte einen Fluthilfsfonds im Umfang von acht Milliarden Euro ein, den Bund und Länder gemeinsam befüllen. Die Kanzlerin kündigte auch Konsequenzen für die Zukunft an.

Im Namen der Bundesregierung und des Bundestages dankte Merkel für die „gelebte Solidarität“ im Angesicht der Flut. „Hier hat sich das Ehrenamt erneut als zentrale Stütze unserer Gesellschaft erwiesen“, sagte sie. „In der Stunde der Not stehen die Menschen in Deutschland zusammen.“ Sie würdigte auch Betriebe, die ihre Angestellten für die ehrenamtliche Hilfe freigestellt hatten. Der Zusammenhalt sei eine der größten Stärken des Landes, sagte die Kanzlerin. Zur Solidarität leistet aber auch die Politik ihren Beitrag.

Merkel erwähnte die Soforthilfe in Höhe von 400 Millionen Euro, die Bund und Länder unmittelbar nach Beginn der Flut bereitgestellt hatten. Sie habe Privatleuten und Gewerbetreibenden geholfen, erste Not zu lindern und schnell Schäden zu beseitigen. Für den zügigen Wiederaufbau sei nun eine erhebliche finanzielle Anstrengung nötig, sagte sie unter Verweis auf den Milliarden-Fonds, an dem sich der Bund mit 4,75 Milliarden und die Länder mit 3,25 Milliarden Euro beteiligen. Mittel daraus können in Anspruch genommen werden, sobald auch der Bundesrat am 5. Juli seine Zustimmung erteilt hat.



Foto: Tobias Koch

Bundeskanzlerin Merkel bei der Regierungserklärung

„Flüsse enden nicht an Landesgrenzen“

Die Kanzlerin listete darüber hinaus weitere Erleichterungen für die Geschädigten auf. So gibt es für Betriebe und Landwirte mit Flutschäden zinsverbilligte Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der Landwirtschaftlichen Rentenbank. Falls Betriebe auf Kurzarbeit umstellen müssen, übernimmt der Bund vorübergehend die Sozialversicherungsbeiträge für die betroffenen Beschäftigten. Helfen sollen außerdem Steuererleichterungen sowie

eine Änderung der Insolvenzordnung. Schließlich stehen Gelder aus dem EU-Solidaritätsfonds zur Verfügung.

Als Konsequenz aus der Flut forderte Merkel unter anderem beschleunigte Planungsverfahren für Schutzmaßnahmen sowie den Ausbau und Neubau von Deichen. „Das allein reicht aber nicht. Wir brauchen mehr großräumige Rückhalteflächen“ für den Fall, dass die Flusspegel steigen. Außerdem dürften die Flüsse nicht „abschnittsweise“ betrachtet werden. „Flüsse enden nicht an Landesgrenzen“, sagte Merkel. Daher müssten die Bundesländer zu abgestimmten Strategien kommen.

Hilfsfonds für Flutopfer

Der Bundestag hat am Freitag einen mit acht Milliarden Euro ausgestatteten Hilfsfonds zur Bewältigung der Flutschäden beschlossen. Der Bund übernimmt davon einen Anteil von 4,75 Milliarden Euro, die Länder die restlichen 3,25 Milliarden Euro. Der Anteil des Bundes ist deshalb leicht höher, weil er die Reparatur von beschädigten Schienennetzen, Bundesstraßen, Autobahnen und Wasserwegen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro allein trägt. Der Rest wird zwischen beiden Seiten aufgeteilt.

Der Bund streckt die acht Milliarden Euro über einen Nachtragshaushalt für 2013 komplett vor. Dadurch erhöht sich die Nettokreditaufnahme in diesem Jahr von 17,1 Milliarden Euro auf 25,1 Milliarden Euro, liegt aber immer noch unterhalb der durch die Schuldenbremse vorgeschriebenen Grenze. Die Länder haben 20 Jahre Zeit, dem Bund ihren Anteil zurückzuzahlen.

Mit dem Beschluss des Bundestages und des Bundesrates zur Einrichtung des Fonds kann die Auszahlung der Hilfgelder beginnen. Das Geld soll Privathaushalten, Unternehmen sowie betroffenen Städten und Gemeinden zugute kommen. Betrieben, die wegen der Flut Arbeitsausfälle hinnehmen mussten, werden die Sozialversicherungsbeiträge rückwirkend ab 1. Juni 2013 für drei Monate erstattet.

Wachstum und Haushaltskonsolidierung

Kanzlerin: „Wir können beides“ – Regierungserklärung zum EU-Gipfel

Die EU-Staaten müssen nach Ansicht von Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre Wirtschaftspolitik enger koordinieren. In einer Regierungserklärung zum EU-Gipfel mahnte sie am Donnerstag im Bundestag eine gemeinsame Linie der Mitgliedstaaten an, um die notwendigen Voraussetzungen für Wachstum in Europa zu schaffen.

In einem zweiten Schritt müsse man verbindliche Verabredungen zwischen den EU-Staaten und der Europäischen Kommission treffen, um konkrete Schritte einzuleiten. Diese wiederum müssten von den nationalen Parlamenten gebilligt werden, sagte sie. „In diesem Zusammenhang halte ich einen an enge Bedingungen geknüpften Solidaritätsmechanismus für denkbar, zum Beispiel in Form eines Fonds für die Euro-Zone.“ Ein solcher Fonds würde dazu dienen, strukturschwachen Euro-Staaten, die sparen müssen, bei der Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu helfen.

Von 50 Milliarden Defizit zur strukturellen Null

„Wachstum und Haushaltskonsolidierung sind keine Gegensätze – im Gegenteil, sie bedingen einander“, sagte die Bundeskanzlerin. Deutschland habe dies unter der unionsgeführten Bundesregierung in den letzten Jahren gezeigt. „Wir können beides: Wachstum und Haushaltskonsolidierung.“ Der Bundeshaushalt 2014 sieht laut Kabinettsentwurf eine „strukturelle Null“ bei der Neuverschuldung vor. Am Ende der großen Koalition



Foto: Tobias Koch

Die Kanzlerin im Plenarsaal

hatte das Jahresdefizit noch 50 Milliarden Euro betragen. Die Bilanz der Bundesregierung in den letzten vier Jahren sei positiv, resümierte die Kanzlerin. Die Koalition habe Familien und Unternehmen entlastet, in Bildung und Forschung investiert sowie den Schuldenberg gedrosselt.

Auch der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder sagte unter Verweis auf das Statistische Bundesamt: „Der deutsche Schuldenberg schrumpft.“ Die Neuverschuldung sei in den vergangenen Jahren kontinuierlich zurückgegangen. Den SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück, der der christlich-liberalen Koalition vorgeworfen hatte, nicht mit Geld umgehen zu können, forderte Kauder auf, seine Worte „vorsichtig zu wägen“. Gerade bei Steinbrück und der

SPD passe gar nichts zusammen. So habe Steinbrück den Plan des früheren französischen Außenministers Robert Schuman gelobt, mit dem 1951 der Grundstein für die europäische Integration gelegt worden war. Damals jedoch sei der sogenannte Schuman-Plan von der SPD vehement abgelehnt worden.

Jugendarbeitslosigkeit in Europa bekämpfen

Über die derzeit horrende Jugendarbeitslosigkeit in Europa macht sich die Kanzlerin nach eigenen Angaben größte Sorgen. Zur deren Bekämpfung haben die Staats- und Regierungschefs sechs Milliarden Euro vorgesehen, die in den Jahren 2014 und 2015 zur Verfügung stehen sollen. Voraussetzung ist jedoch die Einigung mit dem Europaparlament über die mittelfristige Finanzplanung von 2014 bis 2020. „Im Dialog mit dem Europäischen Parlament müssen endlich die letzten Hürden überwunden werden“, forderte sie. Die Zeit dränge. Am 3. Juli findet eine Konferenz zum Thema Jugendarbeitslosigkeit in Berlin statt. Dort soll mit den EU-Ländern unter anderem darüber beraten werden, wie die sechs Milliarden sinnvoll eingesetzt werden können.

Humanitäre Hilfe für Syrien

Beim Gipfeltreffen der acht führenden Industrienationen in Irland in der vergangenen Woche haben Deutschland und die USA die Aufstockung der humanitären Hilfe für syrische Flüchtlinge angekündigt. So sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel weitere 200 Millionen Euro und US-Präsident Barack Obama weitere 300 Millionen Dollar (225 Millionen Euro) für ein Hilfspaket zu. Die deutsche Hilfe addiert sich somit auf 390 Millionen Euro, die US-Hilfe auf 800 Millionen Dollar (rund 600 Millionen Euro). Das Geld soll für Lebensmittel, Trinkwasserversorgung und Notunterkünfte ausgegeben werden. Es kommt sowohl den 1,6 Millionen Flüchtlingen in den angrenzenden Staaten als auch den schätzungsweise fünf Millionen Vertriebenen innerhalb Syriens selbst zugute. Deutschland beginnt derweil mit der angekündigten Aufnahme von 5.000 syrischen Flüchtlingen.

„Untersuchungsausschuss kein Wahlkampfinstrument“ CDU/CSU-Obmann Grübel über den Stopp des Drohnen-Projekts – Verantwortung von Rot-Grün mituntersuchen



Foto: Steven Rösler

Markus Grübel

Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für den Verteidigungsausschuss als 2. Untersuchungsausschuss

Der Bundestag hat in dieser Woche einen Untersuchungsausschuss eingesetzt, der sich mit dem Stopp des Drohnen-Projekts Euro Hawk beschäftigt. Dabei geht es um den Vorwurf der Opposition, Verteidigungsminister Thomas de Maizière habe die Entwicklung der Aufklärungsdrohne trotz Kenntnis umfangreicher Probleme zu spät beendet und damit unnötige Kosten verursacht. „Fraktion direkt“ sprach mit dem Obmann der CDU/CSU-Fraktion, Markus Grübel, über den Auftrag des Ausschusses.

Herr Grübel, der Minister wurde zu dem Vorwurf bereits zweimal vom Verteidigungsausschuss des Bundestages angehört. Welchen Mehrwert soll der Untersuchungsausschuss haben?

Grübel: In der Tat, Thomas de Maizière hat dem Verteidigungsausschuss sowie dem Haushaltsausschuss schon ausführlich Rede und Antwort gestanden. Dabei hat er unseres Erachtens nachvollziehbar dargelegt, warum er das Projekt gestoppt hat. Die Probleme bei der Zulassung der Aufklärungsdrohne hätten nämlich zu erheblichen unerwarteten Mehrkosten geführt, die wir

nicht tragen wollten. Und der Minister hat auch die Historie offengelegt, wie er zu seiner Entscheidung kam. Das mag – auch aus Sicht des Ministers selbst – nicht optimal gelaufen sein, aber: Alle Fakten liegen nun auf dem Tisch. Insofern kann man nur mutmaßen: Die Opposition will mit dem Thema Wahlkampf machen.

„Wir bezweifeln, dass ein finanzieller Schaden entstanden ist“

Dass es richtig war, im Mai das Projekt zu stoppen und damit weitere Kosten zu vermeiden, ist doch unbestritten. Auf welche Aspekte wird sich der Ausschuss konzentrieren?

Grübel: Die Opposition will hauptsächlich die Endphase des Entwicklungs- und Beschaffungsprojekts, die in die Verantwortung von de Maizière fiel, unter die Lupe nehmen. Für uns ist aber wichtig, dass wir das gesamte Entwicklungsvorhaben von Beginn an untersuchen. Das bedeutet, dass wir bei der rot-grünen Regierung, die das Drohnenvorhaben 2002 angestoßen hat, beginnen werden. Wir werden außerdem der Frage nachgehen, ob überhaupt ein finanzieller Schaden entstanden ist, der bei einem Entwicklungsvorhaben hätte verhindert werden können. Wir bezweifeln das. Zum Beispiel kann man das Aufklärungssystem, das zusammen mit der Drohne entwickelt wurde, auch in einem anderen Trägersystem als dem Euro Hawk einsetzen.

Der Ausschuss tagt während der parlamentarischen Sommerpause. Was kann er in der kurzen Zeit bis zum Ende der Legislaturperiode überhaupt leisten?

Grübel: Der kurze Untersuchungszeitraum ist tatsächlich eine große Herausforderung. Wir müssen deshalb darauf achten, dass wir uns auf die wesentlichen Fragen beschränken. Der Untersuchungsausschuss darf keinesfalls als Wahlkampfinstrument missbraucht werden, dafür ist das Thema zu wichtig. Es geht um die sachliche Untersuchung eines Entwicklungsprojekts.

Der Auftrag zur Entwicklung der Drohne reicht bis ins Jahr 2002 zurück. Welchen Anteil haben die damaligen Regierungen – also die heutige Opposition – daran, dass das Projekt scheiterte?

Grübel: Genau das herauszufinden, wird Aufgabe des Untersuchungsausschusses sein. Es war immerhin eine rot-grüne Regierung, die das Euro-Hawk-Projekt einfädelt. Wir laden als Zeugen zum Beispiel auch den damaligen Verteidigungsminister Rudolf Scharping ein. Es kann nicht angehen, dass sich SPD und Grüne jetzt einen schlanken Fuß machen.

Welche Lehren kann man für zukünftige Entwicklungs- und Beschaffungsprojekte ziehen?

Grübel: Eine Antwort auf diese Frage kann ich Ihnen erst nach Beendigung der Arbeit des Untersuchungsausschusses geben. Im Gegensatz zu einigen Oppositionspolitikern bin ich der Meinung, dass wir uns erst einmal gründlich der Untersuchung widmen sollten, bevor wir Vorschläge für Veränderungen einbringen. Erst wenn uns sämtliche Schwächen des Projektablaufs bekannt sind, können wir Lehren für die Zukunft ziehen. Aber eines hat der Minister bereits selbst angekündigt: Über den Stand von Entwicklungs- und Beschaffungsprojekten will er künftig regelmäßig das Parlament informieren.

Kompromiss zur Endlagersuche steht

Bundestag beschließt Standortauswahlgesetz – Atommüll sicher lagern

Der Kompromiss zwischen Bund und Ländern, Parteien und Fraktionen über das weitere Vorgehen bei der Endlagersuche für hochradioaktive Abfälle steht. Der Bundestag verabschiedete am Freitag das entsprechende Standortauswahlgesetz. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, dass der seit Jahrzehnten bestehende Konflikt um ein atomares Endlager im gesamtgesellschaftlichen Konsens gelöst werden kann.

Mit dem Gesetz werden die einzelnen Verfahrensschritte für die ergebnisoffene Suche und Auswahl eines Standortes festgelegt, an dem hochradioaktive Abfälle sicher gelagert werden können. An dem Suchverfahren wird die Öffentlichkeit in allen Phasen umfassend beteiligt; der Dialog mit den Betroffenen wird geführt.

Bevor das Auswahlverfahren beginnt, werden Grundsatzfragen geklärt – zum Beispiel welche Mindestanforderungen an den Standort gestellt wer-



Castorbehälter mit radioaktivem Atommüll

Foto: picture alliance/dpa

den und welche Ausschlusskriterien gelten sollen. Hierfür wird eine pluralistisch zusammengesetzte Kommission eingerichtet. Wesentliche Schritte während des Standortauswahlverfahrens wie die Festlegung der Entscheidungsgrundlagen sowie die Entschei-

dungen über die über- und die untertägigen Untersuchungen möglicher Standorte werden durch Gesetze getroffen. Das Verfahren endet mit der abschließenden gesetzlichen Entscheidung für einen bestimmten Standort.

Friedrich: „Keine Freiheit ohne Sicherheit“

Debatte im Bundestag über Internetspionage

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich hat Verständnis für die Aufregung in Deutschland über eine angeblich groß angelegte Spionage der USA und Großbritanniens im Internet gezeigt. In einer Debatte des Bundestages am Mittwoch betonte der CSU-Politiker, dass in Deutschland niemand den „gläsernen Bürger“ wolle. Andererseits müsse der Staat die Sicherheit vor internationalem Terrorismus und organisierter Kriminalität garantieren. Deshalb sei es richtig, „dass wir immer um die Balance von Freiheit und Sicherheit ringen müssen“. Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Michael Grosse-Brömer, sprach sich für einen „kritischen Dialog“ mit den USA und Großbritannien über die Medienberichte

um Internetspionage aus.

Friedrich betonte: „Es gibt keine Freiheit ohne Sicherheit.“ Der Staat müsse seine Bürger schützen. Dass es in Deutschland bislang zu keinen großen Anschlägen gekommen sei, habe man auch der Zusammenarbeit mit amerikanischen und europäischen Nachrichtendiensten zu verdanken. Allerdings müsse sichergestellt werden, dass diese Zusammenarbeit auf Recht und Gesetz beruhe und dass die angewandten Mittel verhältnismäßig seien.

Vertrauen in die Netzkommunikation geht verloren

Grosse-Brömer sagte, die Bundesregierung habe den USA und Großbritanni-

en einen Fragenkatalog übermittelt. Von befreundeten Staaten dürfe sie eine vernünftige Antwort erwarten. Er betonte ebenso, dass die Erkenntnisse der Sicherheitsdienste zum Schutz der Menschen vor Bedrohung gebraucht werden: „Es kann nicht sein, dass Verbrecher technologisch aufrüsten und wir als Staat dem nichts entgegenzusetzen können.“

Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Hans-Peter Uhl, äußerte die Befürchtung, dass „wir uns am Beginn einer tiefgreifenden Vertrauenskrise in die Kommunikation via Internet“ befinden. Der Staat habe deshalb die Pflicht, die Bürger darüber aufzuklären, dass die Sicherheit ihrer Daten im Netz eine Illusion sei.

Vertrauen in Organtransplantation stärken Bundestag zieht Konsequenzen aus Betrugsfällen

Der Bundestag zieht die Konsequenzen aus den Manipulationen und Betrugsfällen bei Organtransplantationen, die im vergangenen Jahr bekannt geworden waren. In einem gemeinsamen Antrag, der am Donnerstag vom Bundestag verabschiedet wurde, fordern alle Bundestagsfraktionen eine Reihe von Sofortmaßnahmen, um das verloren gegangene Vertrauen der

Menschen in das System der Organspende wiederherzustellen.

Als Reaktion auf die Unregelmäßigkeiten vor allem in Lebertransplantationszentren wurde bereits beschlossen, dass in Zukunft Manipulationen an den Wartelisten für Patienten strafrechtlich verfolgt werden. Darüber hinaus müssen die Richtlinien der Bundesärztekammer,

die die Grundlage für die Organtransplantation bilden, künftig vom Bundesgesundheitsministerium genehmigt werden. Hiermit soll möglicher Willkür vorgebeugt werden.

Um in Zukunft deutlich bessere Informationen über Umfang und Art der Organverpflanzungen in Deutschland zu erhalten, soll ein Transplantationsregister geschaffen werden. Denn nur mit der nötigen Datentransparenz wird es möglich sein, die Abläufe von der Spende über die Zuteilung bis zur Verpflanzung des Organs zu verbessern.

Bereits im Sommer 2012 wurde mit den Stimmen aller Fraktionen des Bundestages beschlossen, dass Bürger und Bürgerinnen über das Thema Organspende besser aufgeklärt werden. Parallel dazu wurden Strukturverbesserungen in der Transplantationsmedizin auf den Weg gebracht. Ziel dieser Maßnahmen war es, die Spendenbereitschaft in Deutschland zu fördern und den 12.000 Menschen, die auf ein Spenderorgan warten, eine Transplantation in Aussicht zu stellen.



©Sven Weber - Fotolia.com

Menschenrechte als Maßstab Bundestag debattiert Bericht der Bundesregierung

Die Einhaltung der Menschenrechte ist ein Maßstab, den die Bundesregierung bei all ihren Entscheidungen anlegt - sei es in der Innen-, sei es in der Außenpolitik. Dies machte sie in ihrem zehnten Menschenrechtsbericht deutlich, den der Bundestag am Freitag diskutierte. Wichtiger Teil des Berichtes ist der „Aktionsplan Menschenrechte“ mit Zielvorgaben und Strategien zu einzelnen Aktionsfeldern für den Zeitraum von 2012 bis 2014, die sich in der Umsetzungsphase befinden.

Zu den Anliegen der Bundesregierung gehören die weltweite Abschaffung der Todesstrafe und die Bekämpfung

von Folter, die Sicherung von Medien- und Meinungsfreiheit sowie die Bekämpfung des Menschenhandels. Daneben tritt sie natürlich für individuelle Religions- und Glaubensfreiheit ein. Im Vergleich ist leider festzustellen, dass deutsche und europäische Menschenrechtsstandards sich noch längst nicht in anderen Teilen der Welt durchgesetzt haben. Der Weg dahin ist noch weit.

Einsatz für Religionsfreiheit notwendiger denn je

Notwendiger denn je ist es, sich für das Menschenrecht der Religionsfrei-

heit einzusetzen, das seit 1948 ausdrücklich Teil der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ist. Besorgniserregend entwickelt sich die Lage der koptischen Christen in Ägypten seit der Machtübernahme der Muslimbruderschaft. Auch die neue ägyptische Verfassung beruht auf der Grundlage der Scharia, des islamischen Rechts. Insgesamt muss man feststellen, dass Christen weltweit am stärksten unter Bedrängnis und Verfolgung leiden. Aber auch andere religiöse Minderheiten wie die Bahai im Iran werden aufgrund ihrer Religion benachteiligt und diskriminiert.

Schutz vor unseriösen Geschäftspraktiken

Koalition verabschiedet Verbraucherschutzpaket

Aufdringliche Werbeanrufe, überzogene Abmahnrechnungen oder dubiose Inkassomethoden – solche unlauteren Geschäftspraktiken sind eine erhebliche Belastung für betroffene Verbraucher und Kleinunternehmer. Die christlich-liberale Koalition geht gegen diese Auswüchse nun mit dem Gesetz gegen unseriöse Geschäftspraktiken vor, das der Bundestag am Donnerstag verabschiedete.

Bei unerlaubter Telefonwerbung wird die Obergrenze für Bußgelder von 50.000 auf 300.000 Euro sechsfach. Vermeintliche Gewinnspiele, mit denen oftmals langfristige Verpflichtungen für den Verbraucher einhergehen, können künftig nicht mehr rechtswirksam am Telefon verabredet werden, sondern müssen vom Unternehmer in Textform vorgelegt werden.

nung unberechtigt, kann der Betroffene außerdem verlangen, dass seine eigenen Kosten für die Rechtsverteidigung vom Abmahnenden ersetzt werden.

Strengere Kontrollen für Inkassounternehmen

Inkassounternehmen werden in Zukunft strenger von den Behörden kontrolliert und können mit höheren Bußgeldern belegt werden. Zusätzlich wird die Transparenz für den Verbraucher erhöht: Aus jeder Rechnung muss klar hervorgehen, für wen das Inkassounternehmen arbeitet, auf welcher Grundlage der Rechnungsbetrag beruht und wie sich die Inkassokosten berechnen. Ebenso wird in Zukunft festgelegt, welche Gebühren und Auslagen einem Verbraucher für den Einzug der Forderung höchstens in Rechnung gestellt werden dürfen.

Im Bereich von urheberrechtlichen Abmahnungen werden die Anwaltsgebühren, die einem Verbraucher in Rechnung gestellt werden dürfen, auf der Grundlage eines festen Streitwerts gedeckelt. Damit soll Geschäftsmodellen von Anwälten, die auf überzogenen Abmahnungen beruhen, der Boden entzogen werden. Bei Klagen gegen einen Verbraucher wegen einer Urheberrechtsverletzung darf sich der Kläger künftig nicht mehr den Gerichtsort aussuchen. Ist eine Abmah-



© S. Engels - Fotolia.com

Kampf der Verstümmelung weiblicher Genitalien

Eigener Straftatbestand – Härtere Strafen

Die Verstümmelung weiblicher Genitalien wird künftig härter bestraft. Der Bundestag verabschiedete am Donnerstag ein Gesetz der christlich-liberalen Koalition, mit dem ein eigener Tatbestand im Strafgesetzbuch verankert wird. Diese Art der Genitalverstümmelung wird somit künftig als Verbrechen eingestuft, bei dem der Täter eine erhöhte Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr bis zu 15 Jahren zu erwarten hat. Opferverbände hatten schon lange eine solche Regelung gefordert, um den Schutz gefährdeter Mädchen und Frauen zu verbessern.

Die Verstümmelung der weiblichen Genitalien ist eine schwerwiegende und durch nichts zu rechtferti-

gende Menschenrechtsverletzung. Davon betroffen sind zwar hauptsächlich Mädchen und Frauen in bestimmten Regionen Afrikas, Asiens und Südamerikas. Nach Schätzungen leben aber auch in Deutschland knapp 24.000 Betroffene sowie etwa 6.000 Mädchen und Frauen, die von Genitalverstümmelung bedroht sind.

Rechte der Opfer gestärkt

Der Gesetzgeber ist hier in der Pflicht, diese gefährdeten Mädchen und Frauen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu schützen. Dabei spielt das Strafrecht zweifellos eine besondere Rolle. Die Verstümmelung weiblicher Genitalien ist zwar schon nach gelten-

dem Recht als gefährliche Körperverletzung strafbar. Mit der Regelung in einem eigenen Tatbestand im Strafgesetzbuch macht die Koalition jetzt deutlich, dass es hier um ein erhebliches Unrecht geht, bei dem der Staat auch ein gesteigertes Interesse an der Strafverfolgung hat.

Das Gesetz stärkt außerdem die Rechte der Opfer einer Genitalverstümmelung im Strafverfahren. Sie können sich dem Prozess als Nebenklägerin anschließen und haben frühzeitig einen Anspruch auf Bestellung eines anwaltlichen Beistands.

Vorbehalt für EU-Beitrittsverhandlungen mit Serbien

Bundestag gibt grünes Licht für zweistufiges Verfahren

Der Bundestag hat der EU unter Vorbehalt grünes Licht für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Serbien gegeben. Am Donnerstag sprach sich das Parlament grundsätzlich dafür aus, knüpfte die Aufnahme jedoch – auf Betreiben der CDU/CSU-Fraktion – an Bedingungen. Voraussetzung ist unter anderem eine Normalisierung der Beziehungen Serbiens zum Kosovo, wie sie in der Vereinbarung beider Länder vom 19. April 2013 vorgesehen ist. Bei der Umsetzung sind zwar bereits gute Fortschritte erzielt worden, doch bleiben noch wichtige Aufgaben zu erfüllen. Daher muss die EU den Druck weiterhin aufrechterhalten.

Verpflichtung umsetzen

Auf Drängen der Unionsfraktion setzte die Bundesregierung in der Europäischen Union ein zweistufiges Verfahren durch. Nach der Grundsatzentscheidung für den Beginn von Beitrittsverhandlungen muss Serbien zunächst die Verpflichtungen aus dem Abkommen vom April vollständig umsetzen und mit der EU-Kommission den Rahmen für die Beitrittsverhandlungen vereinbaren. Ob beides erfüllt ist, müssen die EU-Staats- und Regierungschefs im Dezember feststellen. Falls nicht, wiederholt sich der Vorgang.

Neuanfang zwischen Serbien und Kosovo

Die Vereinbarung vom April bedeutet einen Neuanfang im Verhältnis beider Länder. Das gilt insbesondere für den von Serben bewohnten Norden des Kosovo. Dieser war bisher ein weitgehend rechtsfreier Raum, in dem die Regierung des Kosovo nichts zu sagen hatte. Polizei und Justiz unterstehen künftig der kosovarischen Regierung; die Finanzierung illegaler Parallelstrukturen von Seiten Serbiens wird beendet. Die vollständige Umsetzung der Vereinbarung soll auch dazu führen, dass die KFOR-Truppen im Norden des Kosovo deutlich reduziert werden können.

Die Fraktion informiert

Türkei muss Menschenrechte achten

EU-Kompromiss zu Beitrittsverhandlungen ist Mahnung

Nach der unverhältnismäßigen Reaktion der türkischen Sicherheitskräfte auf die Demonstrationen im Lande konnte die Europäische Union nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Auf Drängen der Bundesregierung verschob die EU die Eröffnung eines weiteren Kapitels in den Beitrittsverhandlungen mit Ankara auf den Herbst. Bis dahin soll ein neuer Fortschrittsbericht der EU-Kommission vorliegen, der den Stand des Reformprozesses in der Türkei bewertet und die gewaltsamen Zusammenstöße der vergangenen Wochen berücksichtigt.

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder mahnte: „Würden weitere Repressionen gegen Kritiker der türkischen Regierung, gegen Journalisten oder auch Anwälte festge-

stellt, die nicht mit den Grundwerten der EU im Einklang stehen, dürften neue Verhandlungen tatsächlich



Zehntausende Türken demonstrierten auf dem Istanbuler Taksim-Platz

nicht aufgenommen werden.“ Auch die Gewährleistung der Religionsfreiheit müsse unter diesem Gesichtspunkt noch einmal genau überprüft werden. „Die Lage der Christen in der Türkei macht uns weiter erhebliche Sorgen.“

Mit dem Beschluss signalisiert die EU: Das Vorgehen der türkischen Polizei ist vor dem Hintergrund der europäischen Standards zur Meinungs- und Versammlungsfreiheit nicht akzeptabel. Gleichzeitig soll der Dialog mit der Türkei nicht abreißen. Denn dies würde die Demonstranten vor den Kopf stoßen, die friedlich mehr Mitsprache und Partizipation einfordern. Eine starke und demokratische Türkei ist aber im Interesse Europas. Die Welle der Proteste, die

vom Istanbuler Taksim-Platz aus viele Städte in der ganzen Türkei ergriffen hat, zeugen von einer immer aktiveren Bürgergesellschaft im Land.

Der Wert der Freundschaft

Obama in Berlin – Kauder würdigt tiefe Verbundenheit der USA mit Deutschland und Europa



Foto: Tobias Koch

Obama und Merkel winken den Menschen

50 Jahre nach John F. Kennedy und 26 Jahre nach Ronald Reagan hat auch US-Präsident Barack Obama mit einer wegweisenden Rede in Berlin die Bedeutung der deutsch-amerikanischen Freundschaft unterstrichen. In seiner Ansprache vor dem Brandenburger Tor in der vergangenen Woche sagte er, in der deutschen Hauptstadt hätten Offenheit, Toleranz und Frieden gesiegt. „Der Kampf um Freiheit, Sicherheit und Menschenwürde geht weiter“, rief er den rund 4.000 Zuhörern zu. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder bewertete den

Auftritt Obamas als ein Zeichen der „tiefen Verbundenheit der USA mit Deutschland und Europa“.

„Auch wenn die Welt immer enger zusammenrückt und wir mit den allermeisten Staaten gute Beziehungen haben, ist das für uns eine wichtige Botschaft. Freundschaften, die auf gemeinsamen Werten gründen, müssen Staaten auch in der internationalen Politik pflegen“, sagte Kauder. Obama hatte zuvor erklärt: „Europa und Amerika können mit als Vorbild vorangehen und Dinge tun, zu denen andere

Länder nicht bereit sind.“ Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte in ihrer Rede vor dem Brandenburger Tor: „Die transatlantische Partnerschaft ist auch im 21. Jahrhundert der Schlüssel für Freiheit, Wohlstand und Sicherheit für alle.“

Merkel mahnt Verhältnismäßigkeit an

Bei dem eintägigen Besuch Obamas hatte Angela Merkel auch die amerikanische Abhöraktion im Internet angesprochen, die in Deutschland Besorgnis ausgelöst hatte. Bei aller Notwendigkeit von Geheimdienstmaßnahmen zum Schutz vor dem internationalen Terrorismus forderte sie die Wahrung der Verhältnismäßigkeit. Obama rechtfertigte sein Vorgehen damit, dass in 50 Fällen geplante Anschläge – darunter auch in Deutschland – verhindert werden konnten. Kauder verwies auch in diesem Zusammenhang auf den Wert der Freundschaft: „Gemeinsam kann man dann mehr erreichen und auch Differenzen wie die jüngsten um das amerikanische Abhörprogramm leichter ausräumen.“



Foto: Tobias Koch

Obama redet vor dem Brandenburger Tor

Wirtschaft nimmt Fahrt auf

Privater Konsum sorgt für Dynamik

Nach einem schwachen Winterhalbjahr hat die deutsche Wirtschaft in den vergangenen Monaten wieder Fahrt aufgenommen. Wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) mitteilte, ist für das Gesamtjahr dennoch nur ein Wachstum von 0,4 Prozent zu erwarten. Erst 2014 werde das Bruttoinlandsprodukt mit einem Plus von 1,8 Prozent deutlich stärker steigen.

Laut DIW wurde die wirtschaftliche Entwicklung zu Jahresbeginn vor allem durch die anhaltende Rezession im Euro-Raum und den witterungsbedingten Einbruch der Bauinvestitionen belastet. Doch das Umfeld bessere sich: Die Wirtschaft im Euro-Raum werde ab der zweiten Jahreshälfte wieder leicht wachsen, wovon wiederum die deutschen Exporteure profitieren dürften. Dank steigender Löhne und eines relativ robusten Arbeitsmarkts sei zudem die binnenwirtschaftliche Entwicklung kräftig.

Die Rezession im Euro-Raum hat sich dem DIW zufolge zuletzt zwar fortgesetzt, doch insgesamt schwäche sich der Rückgang merklich ab. Im laufenden Jahr dürfte die Wirtschaft des Euro-Raums um ein halbes Prozent schrumpfen, im kommenden Jahr um ein Prozent wachsen. Gestützt wird diese Entwicklung auch durch eine zunehmende Exporttätigkeit der Euro-Länder, die teilweise auch auf eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der Krisenstaaten unter ihnen zurückzuführen ist.

Von dieser Entwicklung profitiert der Prognose zufolge die deutsche Exportwirtschaft: Da außereuropäische Absatzmärkte wie die USA und einige Schwellenländer etwas dynamischer wüchsen, expandierten die Ausfuhren



Startplatz Berlin

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

ab dem zweiten Quartal 2013 wieder. Gleichwohl würden die Exporte in diesem Jahr aufgrund der rückläufigen Entwicklung im Winterhalbjahr 2012/2013 um knapp ein Prozent unter dem Vorjahreswert liegen.

Dynamischer entwickeln werden sich laut DIW die Importe: Zwar waren auch sie vorübergehend rückläufig, im Zuge steigender Investitionen und einer erhöhten Vorleistungsnachfrage der Exporteure werden sie im Gesamtjahr dennoch den Vorjahreswert übertreffen. Im kommenden Jahr steigen die Einfuhren laut Prognose dann sogar um acht Prozent – dank einer äußerst kräftigen Inlandsnachfrage.

Der private Verbrauch ist nach Ansicht der Berliner Wirtschaftsforscher der zentrale Stützpfiler des Wirtschaftswachstums: Selbst im sonst schwachen ersten Quartal legte der Konsum der privaten Haushalte um

kräftige 0,8 Prozent zu. Vor allem die starke Lohnentwicklung wird den Konsum weiter ankurbeln. Zudem sind die Inflationsraten mit 1,6 Prozent in diesem und knapp zwei Prozent im nächsten Jahr moderat.

Politik für Menschen mit Behinderungen - Flyer in leichter Sprache

Das Info-Faltblatt „Mittendrin von Anfang an – Menschen mit Behinderungen gehören dazu“ gibt es jetzt auch in leichter Sprache. Darin wird in leicht verständlichem Deutsch erklärt, welche Verbesserungen die CDU/CSU-Fraktion in dieser Legislaturperiode konkret für Menschen mit Behinderungen auf den Weg gebracht hat. So wird darauf hingewiesen, welche Hilfen es für Menschen mit Behinderungen im Alltag gibt, wie sie Kulturangebote besser nutzen können und was sich im Gesundheitsbereich für sie verbessert hat.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet
www.cducusu.de
Der Blog der CDU/CSU-Fraktion
blogfraktion.de
Fraktion direkt
www.cducusu.de/ff



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt